

einmal wieder, einmal, durch die...
Wahlkreis...
Wahlkreis...
Wahlkreis...

Interessante und...
Wahlkreis...
Wahlkreis...
Wahlkreis...



Berliner Zeitung

Nr. 53 (Ausgabe für Berlin)

und Handels-Zeitung

Sonnabend, 18 Februar 1922
51. Jahrgang

Die französische Obstruktion gegen Genua.

Wandlungen in der Beamtenschaft.

Das Mißtrauen in London.
Die „offene“ Politik Poincarés. — Die Verteilung der deutschen Zahlungen.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Ein Nachwort zum Beamtentreib.
Von (Nachdruck verboten.)
Anton Erkolenz (Düsseldorf).
Mitglied des Reichstags.

Der Londoner Korrespondent des „Welt Journal“ telegraphiert:
„Wenn man die Stimmung in den englischen politischen Kreisen
kennt und damit die Stimmungsbilder vergleicht, die täglich in einem
großen Teil der französischen Zeitungen zu lesen sind, dann ist es
schwer, seine Erregung zu verstehen. Wozu soll es dienen, die
Wahlrecht zu verhehlen, die schließlich doch an den Tag
kommen muß. Die Gründe der französischen Seite, die den
Aufschub der Konferenz rechtfertigen sollten, wurden hier nie-
mals für aufrichtig gehalten. Man betrachtet sie als einen
Vorwand, den Plan des wirtschaftlichen Aus-
baus Europas zum Scheitern zu bringen. Das Drängen
der Pariser Regierung hat die politischen Kreise in London
schonlich berührt. Die angebliche Intimität der englischen Auffassung,
die gegen noch vom Lord D'Orsay behauptet wurde, hat hier ab-
fällend gewirkt.“

minister steht immer noch in Aussicht. Die Reparationskommission
marret darauf, daß sie ihre Entscheidung für 1922 treffen kann. Dieser
Genua wird hinter den Kulissen verhandelt um.“ Diese
Zeitung glaubt, daß entweder die französische Sachverständigen-
beratung, die am Mittwoch begonnen worden ist, über-
flüssig ist, oder die nach London einberufen, an der die
übrigen Verbündeten teilnehmen sollen. Zwei Franzosen, die Herren
Segant und Schneider wollen die weitere französische Beratung nicht
mehr abwarten, sondern lieber die Woche nach London überziehen.
Diesen Meinungen, die als Auffassung der französischen
Diplomatie und der französischen Hochfinanz und
Industrie gelten können, sei ein drittes Zitat des „Welt Journal“
hinzugefügt.

Der „Temps“ unterläßt alle Fragen, die zwischen Frankreich
und England in der Schweiz sind und bedauert sehr den
Stillstand der Verhandlungen, für den er das „un-
erklärliche Schweigen“ Englands verantwortlich macht. Die Zeitung
tritt noch einmal für die Zulassung der Vertreter der kleinen
Entente zu den Vorbereitungen über Genua ein. Wenn die eng-
lische Regierung forscher, ihre Auffassung nicht durch deutsche
Antworten zu begründen, dann werde nicht Frankreich, sondern
England die Konferenz gefährden. Wie könne die
Welt Vertrauen zu dem Plan Lord George haben, wenn nicht
einmal die Regierung, die diesen Plan in die Welt gebracht, ihn
öffentlich zu erklären wage.

Nach den Abendblättern hat weder die Reparationskommission
in London die in Aussicht gestellte bedingungslose Zustimmung
Englands zur Befreiung der deutschen Zahlungen
erhalten, noch ist eine Antwort der englischen Regierung auf das
Memorandum über Genua dem französischen Außenministerium
zugegangen. Die Reparationskommission kann also im Augenblick
nichts anderes tun, als abwarten. Die englischen Bedingungen
sind nicht angegeben, daß England erst über die
Verteilung der deutschen Zahlungen sprechen und danach
der Reparationskommission das von Frankreich angeregte Mandat
erteilen will. Angewiesen hat die deutsche Regierung mitgeteilt, daß
für die ersten sechs Monate der nächsten fünf Jahre die Zahlungen
von 50 Millionen Goldmark geteilt sein. Die
Blätter stellen zu gleicher Zeit fest, daß die heute vom „Welt
Journal“ und anderen Zeitungen gemachten Mitteilungen über
Reinigungsvereinfachungen zwischen Sir John Braburn
und dem Kommissionsmitglied Dubois über die Höhe
der deutschen Zahlungen unzutreffend seien.

Der erste deutsche Beamtentreib ist vorüber. Der Streit
um die Disziplinierung, ein alter Bekannter aus jedem
Dienst der letzten fünfzig Jahre, wird bald auch schlichtung. Man
wird finden, daß manche augenblickliche Behörde übertrieben
ist, und die wirklichen Disziplinierungen werden in einiger
Zeit ihre sachliche Erleuchtung finden. Die politischen Nach-
wirkungen der Ereignisse werden auch schnell überwunden
sein. Aber noch lange wird die Krise in der Beamtenschaft
und in der Beamtenschaft nachwirken.

Als die Ereignisse sich von Stunde zu Stunde jagten, hat
niemand Zeit und Mühe gefunden, nach den tiefsten Ursachen
dieser Bewegung zu fragen. Denn über die Inaktivität
mit den Gehältern hinaus, sind die Vorgänge der letzten Woche
ein Anzeichen einer tiefgreifenden Umwälzung, die schon lange
vor 1918 schon lange vor 1914 begonnen hat, und jetzt zum
ersten Mal als Friederichsregierung vor den erkrankten.
Mann der „Straße“ tritt und ihm als „Folge der Revolution“, als
„Wort einiger Dege“ usw. erscheint. Der Reichsdienst hat die
Bewegung eine „Revolte“ genannt. Das ist so nicht richtig.
Eine Revolte ist eine gegen die Staatsmacht gerichtete
Bewegung politischer Natur, die die Befreiung der verstorbenen
Staatsmacht und ihre Erziehung durch eine andere zum
Ziele hat. Um solche Bestrebungen hat es sich hier keinen Augen-
blick gehandelt. Alles was darüber geredet und geschrieben
worden, alle Forderungen, die darüber nach rechts und
links ausgemacht wurden, sind falsch. Richtig wäre man
die Beamtenschaftsbewegung begründen als ein Stück jenseits-großer
Revolution, die vor 1914 in der Stille gereift ist, seit 1918
ausbricht. Und die so darf man fortsetzen, die kommenden
Jahre, vielleicht Jahrzehnte noch erst erfüllt wird. Nur
man muß sich dabei hüten, hier das Wort „Revolution“ im
üblichen Deutungsgebiete aufzulösen.

Soweit die Beamtenschaft in Frage kommt, ist diese
renovatorische Umwälzung eine wirtschaftliche und eine phy-
siologische. Da die wirtschaftlichen Inhalte näherliegend und
leichter verständlich sind, stehen sie im Vordergrund. Schein-
bar geht der Kampf um Gehälter, um Arbeitszeiten. Aber
die tiefsten Triebkräfte erkennen, was als Politiker das
Stumpende rechtzeitig auffangen und in reformerischer Erneue-
rungsarbeit erfüllen will, tut gut, die wirtschaftliche Seite
nicht als die wesentliche anzusehen.

Die Entlohnungsrichtung überläßt sich im Arzte. Als
die Preise infolge des Krieges und der Mangellage (wegen
als die in den Kriegsjahren tätigen Arbeiter verhältniß-
mäßig hohe Löhne zu verdienen begannen, trübten die Be-
amten so ziemlich bis 1918 auf ihren alten Friedensgehältern
stehen. Sie saßen in wenigen Jahren tief unter den Lebens-
standard ihrer sozialen Schicht. Als dann 1919 die rapide Geld-
entwertung einsetzte, war es einfach nicht mehr möglich, die
Beamtenschaft auf ihren früheren Lebensstand zu bringen, da
die Abnahme des Geldwertes immer noch viel schneller vor-
schritt, als die Gehaltsverhöhung. Gemäß bestimmt die
wirtschaftliche Lage einer Schicht nicht automatisch ihr gesellschaft-
liches Sein. Aber wenn beide in einem allzu großen
Gegensatz geraten, so ist die wirtschaftliche Lage durch, bestimmt
den zeitlichen Zustand der Beteiligten. Die Folge war hier
eine harte Anpassung der Beamtenschaft, ihrer Biologie und
ihrer sozialen Stellung an die freie Arbeitsgemeinschaft,
gesellschaftliche Organisation, Streikbewegung und am Ende
Streit.

Man kann die volle Bedeutung dieser Entlohnung aber
erst verstehen, wenn man die Umwälzung in der
gesellschaftlichen Stellung der Beamtenschaft mit in Betracht zieht. Vor fünfzig und mehr Jahren
lag auf der für unsere heutigen Begriffe kleinen Zahl der Be-
amten der öffentlichen Verwaltung so etwas wie der
Pulsus des Staates und der Staatsautorität. Der Staats-
diener sah sich hoch erhaben über die große Menge der
Mittleren, eine Erhabenheit, die ja allzuoft sich in dem
bekanntesten Kalternposten verjährt wiederholte. Dann
wuchsen die Staatsaufgaben, besonders mit Staatsentfaltung
und Reichspost, ins Riesenhafte. Eine gesellschaftliche
Stellung, die man einem halben Prozent der Bevölkerung allen-
falls von Staats wegen verleihen kann, wird für kurze
Zeit zu geben verdrängt. Je mehr sich seit fünfzig Jahren der
Unterhalt zum Staatsbürger umfaltet, um so mehr erwidert
sich auch der Staatsdiener allen Schicksals mit seinem
selbständigen Titel, aber mit seiner übertrieben hohen gesellschaft-
lichen Stellung zum Staatsbürger. Und da mehr als sieben
Zehntel der Beamten auf die Staatsbetriebe entfallen, also auf
technische Groß- und Kleinbetriebe, so zeigen sich bei ihnen
auch dieselben Folgen der Entlohnung zum technischen Groß-
betrieb. Arbeitsleistung, Entlohnung, Entlohnung, Entlohnung,
technische Betriede heraus in die Familie, in die Politik
jetzt, jetzt vielen auch in die Vermögensverhältnisse. Ein sehr

Poincaré über den Fall Petersdorf.

Die gestrige Kammer Sitzung.
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Die Ereignisse von Petersdorf haben heute Ver-
anlassung zu einer Interpellation in der Deputiertenkammer.
Der Abgeordnete Bontelle gab zunächst eine Darstellung der
Entwicklung nach der Auffassung der französischen Regierung,
die meinte, daß die deutsche Regierung die Verantwortung für
den Angriff von Petersdorf tragen müsse, weil die Tatsachen
bewiesen, daß die Entlohnung nicht durchgeführt
worden sei. Der able Willen der Behörden und der Bevölkerung
kann nicht bezweifelt werden. General Koller habe in seinem
letzten Bericht festgestellt, daß die Arbeiterorganisationen
deutlich
Stellung gegen die Kontrollkommission genommen hätten. Die
Reichswehr sei nicht anders als die deutsche Armee (1).
Sie könne sich in jedem Augenblick auf einen Sieg
erzwingen (2). Der Interpellant verlangte außer der Ent-
lohnung für die Familie der Opfer energische
Sanktionen. Wenn solche Sanktionen nach der Ermor-
dung des Hauptmanns Montalotte verlangt worden wären, dann
würde das neue Attentat nicht verübt worden. Die Opfer von Peter-
sdorf seien Opfer der Schwäche der französischen Re-
gierung. (Beschl.) Deutschland könne nur den Glauben an die
Zur. Der geheimnisvolle Leberlauf von Petersdorf ist überlegt
und vorbereitet gewesen. Wenn etwas Ähnliches sich 1872 ereignet hätte,
würde die deutsche Rache unerbittlich gewesen. Der Redner fragte
den Ministerpräsidenten, was er zu tun gedenke.

Ministerpräsident Poincaré erwiderte: Das Attentat, das in
den letzten Tagen hat, und das von der Kammer ein-
stimmig beklagt wird, ist nur eine Episode in der
Reinigungsarbeiten der Deutschen gegen unsere
Reinigungsgruppen in Oberfranken. Viele der
Männer, die zur Armee Höher gehören, haben sich neu
gebildet. Waffen, die längst hätten ausgeliefert werden
sollten, wurden von ihnen verheimlicht. Diese Waffen bestanden meistens
aus Freiwildern und erhalten wahrscheinlich Anweisungen und
Anweisungen von den deutschen Großindustriellen (1). Das Attentat
ist bekannt. Am 15. Oktober wurden französische Arbeiter angetroffen,
am 17. Oktober erfolgte ein Angriff auf einen Exzentriker und einen
Soldaten, am 18. Oktober wurde ein Soldat entführt; am 4. No-
vember wurde ein deutscher Gefangener befreit; am 18. November gab
es mehrere Angriffe in Kattowitz. Die Zahl dieser Attentate nahm im
Dezember und Januar zu. Außerdem wurden täglich neue Waffen

Wahrscheinlich, Minenwerfer usw. gefunden, ein Beweis, wie
gefährdet der Friede in dieser Gegend ist. Am Tage nach einer
dieser Beschlagnahmen hat eine deutsche Geheimorganisa-
tion ein Waffenlager aus dem Waldgebiet bei Deutsch-
Wald, im Gebiet der Gegend von Petersdorf, in der Nähe
des Waldes des Hauptmanns Montalotte, erobert. Der
Hauptmann der Gegend Dr. Wirtz lieferte den Gefangenen aus.
Eine Gefangenschaft wurde der Familie Montalotte zugebilligt, aber
bald, nachdem dieser Zwischenfall geregelt war, haben wir
das Attentat von Petersdorf zu beklagen. Als
ein Waffenlager aufgehoben wurde, griffen Schiefer unsere
Soldaten an, gelangt wurden verwundet, aber nicht auf das Ver-
halten des Generalis Dr. Wirtz ist jedoch der Belagerungs-
zustand erklärt worden. Der Soldaten, die ihre Pflicht getan
haben, wurden Belohnungen zuteil. Alle Sicherheitsmaßnahmen
wurden getroffen. Neue Untersuchungen wurden eingeleitet, bei
denen auch zahlreiche Waffen gefunden worden sind. Die
Vollstreckungsarbeiten trat sofort zusammen. Unter Vorbehalt
erklärt, daß strenge Sanktionen erfolgen müßten,
wenn wir nicht volle Gewissheit erzielten. Die Untersuchung wird
zeigen müssen, in welchem Grade der Angriff vorbereitet gewesen ist.
Wenn es sich herausstellt, daß die deutsche Regierung eine
Verantwortung trifft, dann wird eine strenge Sühne ver-
langt werden. Gegen alle Schuldigen, wer sie auch sein
werden, werden wir mit Energie einschreiten. (Geschafter
Beschl.) Inzwischen ist dieses ganze Gebiet der Autorität
der verbündeten Armaturen unterstellt. Es allein
kann den Belagerungsstand erklären und der Gerechtigkeit zum
Siege verhelfen. In diesen Fall darf die Kammer nicht überzeugt
sein, daß unser Recht gewahrt bleibt. (Beschl.) Aber ein Risiko
ist vorläufig noch immer vorhanden. Es wird die Aufgabe des Dele-
gierten des Völkerbundes Calonder sein, darüber zu wachen, daß
die Geleise beachtet werden. Inzwischen wird die Kommission weitere
alle Waffen formieren, die sie entdecken kann.
Poincaré schloß unter großem Beifall mit Worten des
Dankes für diejenigen, welche die Lage geregelt haben und für die
Truppen, die in Oberfranken die Interessen Frankreichs schützen.
Das Attentat schände ihnen ewige Dankbarkeit. Ein Abgeordneter
schlug vor, daß der Regierung ein Vertrauensvotum erteilt
werde, um ihre Autorität zu stärken. Ein Antrag liegt nicht vor.
Aber nachdem die Aussprache noch einmal eröffnet wurde, wurde
eine Angelegenheit eingeleitet, die den Vorkauf betraf. Die Kammer
billigt die Erklärung der Regierung und spricht der Regierung das
Vertrauen an. Poincaré erklärte, er habe ein Vertrauensvotum
nicht verlangt. Aber, wenn es die Kammer wünsche, sei er gern
damit einverstanden. Das Votum wird mit 506 Stimmen,
also mit Einstimmigkeit angenommen.